

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 7,50 RM., monatlich 2,50 RM. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtzehnbändige Souvenirmagazin ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Mittwoch, den 28. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Die deutschen Gegenvorschläge.

Den Text des deutschen Friedensvorschlages, dessen vollständige Veröffentlichung bevorsteht, wird jedermann in Deutschland nur mit schwerem Herzen lesen.

Regierte in Paris ruhige Vernunft, sie würde mit beiden Händen nach diesem Vorschlag greifen.

Aber in Paris regiert nicht die Vernunft, sondern die Leidenschaft und die politisch taktische Erwägung.

Die deutsche Regierung hat sich natürlich nicht dem Glauben hingeben können, daß die Entente ihren Vorschlag ohne weiteres annehmen würde.

Niemand soll sich darum einbilden, mit dem Vorschlag der deutschen Regierung sei der Stein der Weisen gefunden.

Es ist kennzeichnend für den Geist des deutschen Vorschlags, daß er nicht nur in dem Umfang, wie es die Gegner verlangen, auf die Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht verzichtet.

Willen ein anderes an seine Stelle, das von anderer Denkart besetzt sein wird, und selbst wenn es ihnen gelänge, dem Besiegten restlos ihren Willen aufzuzwingen, so bliebe als Ergebnis von Versailles nicht der dauernde Frieden, sondern schwelender Kriegsbrand unter der Dede eines Scheinfriedens.

Der Hauptinhalt der deutschen Vorschläge.

Berlin, 27. Mai. (WZ) Wie verlautet, gehen die deutschen Gegenvorschläge nicht auf alle Einzelheiten der gegnerischen Friedensbedingungen ein.

Die Vorschläge beginnen mit dem Völkerbund.

Der deutsche Entwurf hierzu enthält die grundsätzliche Zustimmung zu der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100000 Mann und bietet auch noch die Abrüstung sämtlicher Linienfahrzeuge an.

Der deutsche Entwurf hierzu enthält die grundsätzliche Zustimmung zu der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100000 Mann und bietet auch noch die Abrüstung sämtlicher Linienfahrzeuge an.

Abtretung Oberschlesiens mit Kattowitz abgelehnt.

Das gleiche gilt für die Ansprüche auf Ostpreußen und Westpreußen und vor allem auf Memel.

Die besetzten Gebiete sollen innerhalb sechs Monate stufenweise geräumt werden.

In Bezug auf die Kolonien geht der deutsche Vorschlag dahin, falls ein Völkerbund zustande kommt, in den Deutschland sofort als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werde.

Was die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen anbelangt, so berücksichtigen die deutschen Gegenvorschläge in jeder Hinsicht die Bedürfnisse und Ansprüche der Alliierten.

bis zum Jahre 1926 zwanzig Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1927 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß die gesamte festzustellende Schadenslast in keinem Fall den Betrag von

hundert Milliarden Goldmark übersteigen soll, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien für den ihm von der Entente vorgeschossenen Beitrag wie die bereits erwähnten zwanzig Milliarden Gold.

übersteigen soll, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien für den ihm von der Entente vorgeschossenen Beitrag wie die bereits erwähnten zwanzig Milliarden Gold.

der Feststellung der Schäden befaßten Kommission des Reparations soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat; im Falle der Nichteinigung entscheidet ein gemischtes Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz.

Als weitere Voraussetzung der Zahlungsmöglichkeit ist anzusehen, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Reichseinnahmen als Annuität zu zahlen hat, daß keine Verminderung des Reiches eintritt, die nicht eine Folge des Selbstbestimmungsrechtes ist.

Sinsichtlich der deutschen Schutzgebiete kommt die deutsche Friedensdelegation zu folgendem Ergebnis:

1. Für die formelle Behandlung der kolonialen Fragen wird folgender Vorschlag gemacht: in Nr. 5 der 14 Punkte aus der Kongressbotschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 ist eine absolut unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugesagt.

2. Für die materielle Erledigung gilt folgender Vorschlag: Die in den Artikeln 119 ff. des Friedensvertragsentwurfes vorgesehene Forderung des Bezichts Deutschlands auf seine überseeischen Besitzungen ist nach der Ueberzeugung der deutschen Friedensdelegation mit den auf Ziffer 5 der Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 stehenden Abmachungen des Waffenstillstandsvertrages nicht in Einklang zu bringen.

Grundsätzliche Erwägungen.

Die deutschen Gegenvorschläge werden eingeleitet durch eine allgemeine Darlegung, die ausführt, weshalb Deutschland Anspruch auf einen Rechtsfrieden hat und aus welchen Gründen der Vertragsentwurf der Entente den Grundsätzen des Rechts nicht entspricht.

I. Die Rechtsgrundlagen der Friedensverhandlungen.

Die deutsche Delegation ist an die Aufgabe des Friedensab schlusses in der Rechtsüberzeugung herangetreten, daß der wesentliche Inhalt des künftigen Friedensvertrages schon durch seine Vorgeschichte in seinen Grundzügen bestimmt und damit für die Verhandlungen von Versailles eine sichere Plattform gegeben ist.

Am 5. Oktober 1918 ersuchte die deutsche Regierung den Präsidenten Wilson, die Herstellung des Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar und auf der Grundlage seiner späteren Kundgebungen, namentlich in seiner Rede vom 27. September, in die Hand zu nehmen.

Am 8. Oktober fragte Präsident Wilson an, ob die Deutsche Regierung seine 14 Punkte annehme und der Zweck ihrer Diskussion nur eine Verständigung über die praktische Anwendung ihrer Einzelheiten sei.

Die deutsche Regierung bestätigte dieses ausdrücklich und sprach gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß auch die alliierten Regierungen auf dem Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stünden.

Nach weiterem Schriftwechsel teilte Präsident Wilson am 23. Oktober seine Bereitschaft mit, den alliierten Regierungen die



Preussische Landesversammlung.

24. Sitzung, Dienstag, den 27. Mai 1919, mittags 12 Uhr. Am Ministertische: Dietrich, Gaenisch u. a.

Das Haus lehnt die erste Lesung des Gesetzentwurfs wegen Aufhebung der Ortschulinspektionen fort. Abg. Kumpel (Dem.): Die Lehrerschaft begrüßt mit großer Freude die Vorlage, die mit einer längst veralteten Institution endlich aufräumt.

Die Simultanschule lehnen wir ab, weil sie hinsichtlich der Kinder und der Lehrer und in zahlreichen fachlichen Momenten zweifelhaft ist. Abg. Kumpel (D. Sp.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf freudig zu. Die Einheitschule ist bei der jetzigen Finanzlage undurchführbar.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Sp.): Durch die geistliche Schulinspektion sind viele Lehrer zur Verzweiflung und in den Tod getrieben worden. Kulturminister Gaenisch: Ich bin erfreut, daß die Vorlage eine so sympathische Aufnahme gefunden hat.

Beiräte in eine organische Verbindung mit den Schulinspektoren zu bringen. Ich hoffe, wir werden damit gute Erfahrungen machen, und bin dann gern bereit, sie weiter auszubauen.

Heimkehr.

Nach den Tatsachen erzählt von Hans Berner. Juli. „Und Paul, unser Bruder Paul, wo — — —“ „Ach, Paul, ja Paul, — der ist sehr krank und wird wohl kaum — — —“

„Und Paul, ja Paul, — der ist sehr krank und wird wohl kaum — — —“ „wieder hochkommen“, fiel er der Schwester ins Wort. „Rein, kaum bald kommen können, will ich eben sagen.“

Rückwanderer werden besonders berücksichtigt. So hieß es ja wohl? — „Sie haben sich zur militärärztlichen Untersuchung einzufinden am — — —“

Groß-Berliner Krankenhaus. Abteilung für Lungenkranke. Ravillon 3. — Sobald aber ein Platz frei, hoch! dann gehts in irgend eine schöne Kuranstalt.

hätte es zur Not auch noch fertig gebracht, ein paar agitatorische Plakate in die Begründung einzuflechten und einige Spitzen gegen das Zentrum und gegen die Geistlichkeit anzubringen; das kann ich wirklich auch noch.

Abg. Dr. Klingemann (Dnat. Sp.): Ich gönne den Lehrern von ganzem Herzen einen Anteil an der Hochschulausbildung, aber man darf doch auch nicht übersehen, daß die akademisch gebildeten Lehrer zumeist die am schlechtesten bezahlten sind.

Abg. König (Soz.): Die Schäden, die die geistliche Schulaufsicht angerichtet hat, sind von einer Anzahl der Redner der Reichstag besprochen worden. Wir werden uns dagegen wehren, daß der Versuch gemacht wird, die Ortschulinspektionen zu erhalten.

Abg. Kumpel (Zentr.): Seitens des Abg. Hoffmann ist die Vermutung ausgesprochen, daß die Zentrumsparier als Hintertür die geistliche Schulaufsicht wieder einführen wolle.

Abg. Kumpel (Zentr.): Wenn wir der geistlichen Schulaufsicht unsere Anerkennung ausgesprochen haben, so sollen damit etwaige Vorbehalte nicht entschuldigt bleiben.

Abg. Hoffmann (D. Sp.): Es wäre völlig unpädagogisch, wenn man den Religionsunterricht aus der Schule entfernen wollte.

Die Aussprache schließt. Die Vorlage geht an den Unterrichtsausschuß.

Industrie und Handel.

Erleichterungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Berlin, 27. Mai. Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben sich auf Veranlassung der Reichsbank und unter ihrer Beteiligung sämtliche namhaften deutschen Geldinstitute und Körperschaften dahin geeinigt.

Fieber, das Fieber, das darf nicht mehr sein. Ach ja, nach Thüringen. — Viele kamen noch zu Henry als Leidensgenossen ins Krankenhaus, in seinen Saal.

„Sie sind nicht wohl, lieber Freund, ich sehe es Ihnen an. Haben Sie Fieber?“ „Fieber? Keine Spur! Aber Hunger hab ich, Hunger, das kann ich Ihnen beichten.“

„Schwester, der Kranke muß ins Bett, er hat wohl starkes Fieber.“ — „hat auch getwärtet. Wissen wollen sie heute, was ich in Ausland verloren habe, ob Vieh, ob Güter, Häuser, — Geld, wieviel und was alles — — —“

der Post mit demjenigen aller Geldinstitute hergestellt. Da es sich hier um eine ganz allgemeine Maßnahme handelt, werden die Reichsbank und wohl auch die beteiligten Banken, Genossenschaften, Sparkassen, Gemeindegeldkassen vor einer besonderen Bekanntmachung an ihre Kundenschaft absehen.

Verkehrsschwierigkeiten im Ruhrrevier.

Essen, 26. Mai. Die am 17. Mai zum ersten Male wieder aufgetretenen Fehlgängern in der Wagengestellung für den Kohlentransport haben sich in der Woche weiter erhöht; am 24. Mai konnten 1300 Wagen nicht gestellt werden.

Groß-Berlin

Die Brandenburger Turner zur Diktatur des Proletariats.

Turnverein „Fichte“ Berlin hatte beauftragt beantragt, daß nur Mitglied im Arbeiter-Turnerbund sein darf, wer sich für die Diktatur des Proletariats erklärt.

Welcher politische Auftrag im Turnverein „Fichte“ getrieben oder, um mit dem unabhängigen Bundesvorstand zu sprechen, welche „grenzenlosen Dummheiten“ dort gemacht werden, geht aus folgenden Entwürfen zum Bundessturmtag hervor.

Deute Räte-Vollversammlung, 10 Uhr, Kammerfale. Vollgültiges Erscheinen der S.P.D. Pflicht.

Wieder einmal Ausweise ungültig! Durch den Gouverneur von Berlin sind alle von der Kommandantur Berlin vor dem 15. April 1919 ausgestellten Ausweise vom 5. Juni ab für ungültig erklärt worden.

Vielleicht fragen Sie ihn mal, woher das nehmen. Vielleicht verrät er Ihnen die Quelle, woher alle diese schönen Sachen kommen, die da drüben, in den anderen Babilons, in der ersten Klasse den Leuten serviert werden.

„Schwester, der Kranke muß ins Bett, er hat wohl starkes Fieber.“ — „hat auch getwärtet. Wissen wollen sie heute, was ich in Ausland verloren habe, ob Vieh, ob Güter, Häuser, — Geld, wieviel und was alles — — —“









